



Antrag der Westberliner Evangelischen Akademie bei der CFK in Wien

[Falsches Datum]

Einzelinformation Nr. 579/65 über einen Antrag des Leiters der evangelischen Akademie Westberlin, Dr. Erich Müller-Gangloff, an die Internationale Kommission der Prager Christlichen Friedenskonferenz

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 1070, Bl. 1–2 (6. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Ulbricht, Stoph, Verner, Barth/ZK (über HA XX/4) – MfS: Schröder (weiter an HA XX/4), Ablage.

Datum

Einsortierung durch den Bearbeiter: 2.7.1965.

Bemerkungen

Das hier edierte Ablage-Exemplar wurde von der ZAIG offenkundig falsch mit »26.2.1965« datiert. Die inhaltlich Ende Mai angesiedelte Information ging nach Postausgangsbuch am 2.7.1965 an Ulbricht, Stoph und Verner. An Barth höchstwahrscheinlich auch, obwohl das Postausgangsbuch – wohl irrtümlicherweise – die Information Nr. 274/65 (4. Expl.) als an Barth über die HA XX/4 abgegangen vermerkt. Diese Information über die vermutete Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien wäre indes nicht in Barths Zuständigkeit gefallen (ZAIG-Postausgangsbuch: BStU, MfS, ZAIG 6085, Bd. C, Bl. 56).

Dem MfS wurde aus zuverlässiger Quelle bekannt, dass der Leiter der Evangelischen Akademie Westberlin, Dr. Erich Müller-Gangloff, ¹ der dem Westberliner Komitee der Prager Christlichen Friedenskonferenz² angehört, auf der Tagung der Internationalen Kommission der Prager Christlichen Friedenskonferenz in Wien (23.–25.5.1965) den nachfolgend im Wortlaut wiedergegebenen Antrag als »Beitrag zur Lösung der Berlin- und Deutschlandfrage mit dem Ziel einer Doppelkonföderation« eingebracht hat:

Die ungelöste Deutschland- und insbesondere die Berlin-Frage stellen eine der ernstesten Bedrohungen des Weltfriedens in unserer Zeit dar. Solange Westberlin sich durch die DDR, diese aber sich durch die Bundesrepublik bedroht fühlt – gleichviel ob zu Recht oder Unrecht – ist der Friede in Europa infrage gestellt. Die Unsicherheit der Zukunft in Westberlin beruht vor allem auf dem Mangel eindeutiger Abmachungen über die Verkehrswege von und nach Berlin. Die internationalen Verhandlungen, die in dieser Frage schon 1962 so weit gediehen waren, wurden durch die Kuba-Krise unterbrochen und nicht wieder aufgenommen, vor allem weil der Bundesrepublik die damit notwendig verbundene Aufwertung der DDR heftig widerstrebt. Die letzte Bundestagssitzung³ und die durch sie heraufbeschworene neue Berlin-Krise hat gezeigt, dass die Lösung dieses Problems nicht länger aufgeschoben werden kann. Sie liegt ebenso sehr im Interesse Berlins wie der DDR, und nachdem inzwischen das Modell des Passierscheinabkommens vorliegt, kann auch die Bundesrepublik keine begründbaren Einwendungen mehr dagegen erheben.

Ein Abkommen über die Verkehrswege nach Berlin würde den Status quo auf eine für alle Teile zumutbare Weise fixieren und verhindern, dass es durch neue Zwischenfälle zu einem Status quo minus wird. Es würde die Situation entdynamisieren und entdramatisieren und wäre schon dadurch ein Beitrag zum Frieden. Für die DDR könnte es ähnlich wie das Passierscheinabkommen ein wesentlicher Schritt auf dem Wege der Anerkennung sein, da die DDR ja der wichtigste Unterzeichner dieses Abkommens wäre. Zugleich sollte dieses Abkommen der erste Schritt zu einer Doppelkonföderation sein, die das vorläufig allein mögliche Minimum einer Lösung der Deutschlandfrage darstellt. Dieses Wort sollte an die Stelle der unbrauchbar gewordenen Vokabel Wiedervereinigung treten.

Mit Doppelkonföderation wäre die doppelte Verklammerung von Westberlin mit der DDR und der Bundesrepublik angesprochen, die über das Verkehrsabkommen hinausführen sollte, einen mehr und mehr institutionellen Charakter erhalten sollte und eine zunehmende Beruhigung der deutschen Problematik erreichen könnte.⁴

An der o. g. Tagung in Wien haben aus der DDR die Pfarrer Gerhard Bassarak⁵ und Bruno Schottstädt⁶ teilgenommen. Die Information darf im Interesse der Sicherheit der Quelle nicht publizistisch ausgewertet werden.

1

Erich Müller-Gangloff, Jg. 1907, Publizist, 1951–70 Gründer und Leiter der Evangelischen Akademie Berlin, Mitbegründer der Aktion Sühnezeichen.

2

Die »Christliche Friedenskonferenz« (CFK), gegründet 1961, war eine kommunistisch beeinflusste internationale Friedensorganisation. Ihr gehörten sowohl Kirchen und christliche Gruppen als auch Einzelpersonen an. In der DDR hatte die CFK 500 Einzelpersonen als Mitglieder.

3

Im Original wohl durch einen Hörfehler irrtümlich: »Bundestagssituation«. Gemeint ist die Sitzung des Bundestages in Berlin am 7.4.1965.

4

Vgl. Müller-Gangloff, Erich: Mit der Teilung leben. Eine gemeindeutsche Aufgabe. München 1965.

5

Gerhard Bassarak, Jg. 1918, evangelischer Theologe, 1958 Mitbegründer und Leitungsmitglied des »Weißenseer Arbeitskreises«, 1963–76 internationaler Sekretär der Christlichen Friedenskonferenz.

6

Bruno Schottstädt, Jg. 1927, evangelischer Pfarrer, 1963 stellv. Direktor des ökumenisch-missionarischen Amtes in Berlin, betreute die »Offene Gemeinde«, Mitglied der CDU und des CFK-Regionalausschusses der DDR.